



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/50 - 28. Februar 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831-33
Fernschreiber 0886890

Hinweise
auf den Inhalt:

Ablenkende Vorwürfe der CDU	S. 1
Streitpunkt Sypernfrage	S. 4
Zweckpropaganda des Bauernverbandes	S. 6
Militärische Theaterschau in der Zone	S. 7

Wer im Glashaus sitzt...

sp- Stets wird vor dem Beginn von Wahlkämpfen von den beteiligten Parteien versichert, dass sie die politische Auseinandersetzung fair und ohne persönliche Beleidigungen und Verleumdungen führen wollen. Erst nachher kann man dann oft feststellen, dass sich nicht alle Parteien an ihre Erklärung gehalten haben. Die Gerichte haben dann meist nach Wegen zur Beilägung der aufgetretenen Streitigkeiten zu suchen. Der Bundestagswahlkampf 1953 ist hierfür geradezu ein Musterbeispiel: Mehrere Dutzend Prozesse hatte z.B. die SPD zu führen (einige davon sogar gegen den Bundeskanzler), um die Zurücknahme und den Widerruf unwahrer Behauptungen vor Gericht zu erzwingen. Einer der letzten dieser Prozesse ging übrigens erst in diesen Tagen zu Ende.

Keineswegs sollen Einwände gegen eine scharfe Auseinandersetzung zwischen den Parteien, die sich im Wahlkampf den Wählern zu stellen haben, erhoben werden. In der Demokratie stellt der Kampf der Meinungen, sofern er sich im Rahmen der Fairness und Toleranz abspielt, geradezu eine Lebensnotwendigkeit dar. Sobald jedoch die Grenze des Erlaubten überschritten wird und die Bestimmungen der Strafgesetze berührt werden kann auch der Wähler mit Recht seinen Unwillen und Abscheu gegen solche Methoden zum Ausdruck bringen. Die SPD kann mit Genugtuung darauf hinweisen, dass sie sich im letzten Bundestagswahlkampf in keinem einzigen Fall wegen Vorbereitung unwahrer Behauptungen vor Gericht zu verantworten hatte.

Im jetzigen Wahlkampf scheint die CDU von vornherein die Taktik

anwenden zu wollen, die Öffentlichkeit durch permanente Klagen über "ungersichtfertige Angriffe" zu irritieren und damit von den eigenen Sünden abzulenken. Erst kürzlich glaubte der offizielle Pressedienst der CDU eine Liste von solchen Zitaten veröffentlichen zu müssen, die angeblich persönliche Angriffe und Verunglimpfungen enthalten. Betrachtet man sie genau, wird man allerdings feststellen, dass sie, wieder in den theoretischen Zusammenhang gestellt, durchaus erlaubte Meinungsäußerungen darstellen, die, sollte man sie verbieten, eine wahlpolitische Auseinandersetzung schlechthin unmöglich machen würden, denn damit würde jede freie Meinungsäußerung unterdrückt. Es ist in diesem Zusammenhang doch bemerkenswert, dass sich die CDU gegen so landläufige Feststellungen wehrt wie: die jetzige Bundesregierung habe sich seit Jahren politisch und militärisch in den Gräben des Kalten Krieges zwischen Ost und West verschanzt, Oder: noch nie habe sich die Ideerlosigkeit und die im strategischen Denken verkrampfte Politik der jetzigen Bundesregierung so deutlich manifestiert, wie...

Wenn die CDU so zimserhaft empfindlich sein sollte, dass sie sozialdemokratische Äußerungen zitiert, die draussen weitverbreitete Meinungen wiedergeben, so sehe sie sich noch einmal folgende Zitate an, die von ihrer Seite über die SPD und ihre Politik abgegeben wurden

"Deutschland und das deutsche Volk haben nur eine Lebensmöglichkeit im engsten Verein mit der freien Welt. Und darum muss dieses deutsche Volk der zwielichtigen Politik einer Opposition widerstehen, die aus reinem Nechtungen entgegen der tragischen Realität die Illusion nähren möchte, als ob es zwischen Feuer und Wasser eine Versöhnung geben könnte."

"Union in Deutschland", 16.1.1957

"Die 'Sicherheitspolitik' der SPD ist offenbar an dem Knöpfen abgelehnt worden... Was hier seit 1949 als 'Sicherheitspolitik' angeboten wird, bringt selbst den Vollmond zum Erbläuen."

"Union in Deutschland", 17.1.1957

"An jeder Ecke hören wir die defätistischen Dissonanzen der sozialistischen Gardem; sie benutzen jede Krücke, um an ihr in die politische Arena zu nuckeln."

"Union in Deutschland", 24.1.1957

"Es lohnt sich nicht, auf weitere Programmpunkte der SPD einzugehen, da niemand sicher sein kann, ob ihre ausserpolitische Konzeption nicht morgen schon wieder ganz anders aussieht. Dabei wissen bestimmt auch die Sozialdemokraten, dass es eine echte, der Wirklichkeit standhaltende Alternative zur gegen-

wärtigen deutschen Aussenpolitik zur Zeit nicht geben kann."

"Union in Deutschland", 31.1.1957

"Wenn Sie die politische Verantwortung in diesen Jahren gehabt hätten, meine Damen und Herren, dann hätten Sie zwar vielleicht unsere Sicherheit verspielt, die Wiedervereinigung aber nicht gewonnen."

Abg. Kiesinger am 31. Januar 1957 vor dem Bundestag

"Was Sie tun, meine Damen und Herren, das ist doch gar nichts anderes, als theoretisch ja sagen zur Bundeswehr und in Wirklichkeit diese Bundeswehr materiell und personell ausstumpfen. Ihre Politik ist gegen die Bundeswehr und damit gegen die neuen Soldaten gerichtet."

Abg. Dr. Jaeger am 1. Februar 1957 vor dem Bundestag

Noch unglaublicher sind gewisse Äusserungen von Bundesministern, welche die SPD kurzerhand als Verbündete des Kremls herabsetzen und ihr von vornherein das "sittliche Mandat" und die Vertrauenswürdigkeit für die Übernahme der Regierung abprechen. Hier einige Entgleisungen aus letzter Zeit:

"Familienminister Wuermeling sagte am Donnerstagsabend in Essen, der Kreml wünsche einen Wahlsieg der SPD..."

dpa, 10. Januar 1957

"Die Masse unseres Volkes will sich nicht von einer kleinen Cligue seelenloser Materialisten aus dem Lager der Sozialisten vergewaltigen lassen."

Wuermeling wies an Hand von Äusserungen sozialdemokratischer Politiker aus der jüngsten Zeit nach, dass die aussenpolitische Konzeption der SPD nur der Sache Koskows dienlich sei. Deshalb spekuliert der Kreml auch auf einen Wahlsieg der SPD.

"Baltische Volkszeitung", 13.3.1957

Bundesinnenminister Dr. Schröder:

"Mit dem Blick auf die Teufeln haben die Gegner der Regierungspolitik das Augenmass für die harten Tatsachen in unserer Welt verloren. Damit ist bewiesen, dass einer solchen Opposition in einer Zeit schwerster Belastungen die Verantwortung für die zukünftige Politik nicht anvertraut werden kann."

"Union Deutschland", 4.1.1957

Bundeswirtschaftsminister Dr. Erhard:

"Die Opposition will dem gegenüber eine 'Wachablösung' erzwingen, obwohl ihre durch diese ganze Zeit geübte negative und destruktive Politik ihr kein sittliches Mandat gibt, die Schicke des deutschen Volkes in die Hand zu legen."

"Deutschland-Union-Dienst", 2.1.1957

Wir könnten mit einer Fülle weiterer Zitate fortfahren und damit beweisen, dass die Politik der Verunglimpfung und Verächtlichung nicht von der SPD, sondern von der grössten Regierungspartei seit langen systematisch betrieben wird. In Grunde würde dies jedoch zu keinem Ergebnis führen, denn der Öffentlichkeit würde damit nichts Neues gesagt und das ganze Verfahren ist in Grunde auch unfruchtbar. Sollte die CDU jedoch zu einen Zitatekrieg wert legen, so werden wir uns vorbehalten, ihr mit den uns geeignet erscheinenden Mitteln zu begegnen. Bis jetzt scheint uns der offenbar riesige Aufwand der CDU zur Beschaffung gefüllter Zettelkästen eine Fehlinvestition zu sein. * * * - 4 -

Bessere Aussichten für eine Lösung

Von unseren Balkan-Korrespondenten

Die letzte Frage, die in dieser Sitzungsperiode vor dem politischen Ausschuss der UNO-Vollversammlung behandelt wurde, war das Problem der Zukunft der Insel Zypern. Es ist jetzt das dritte Mal, dass sich die UNO mit diesem Thema beschäftigte. Im Jahre 1954 wurde das Zypernproblem nur kurz gestreift und keine wesentlichen Beschlüsse gefasst. 1955 scheiterte eine griechische Intervention, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen. Dieses Jahr wurde das Thema Zypern erstmalig in breitem Rahmen diskutiert. Es waren zwei Staaten, deren Wille es war, dass die Generalversammlung zu dieser Frage Stellung nehmen sollte. Einmal war es Griechenland, das für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des zypriotischen Volkes eintrat, zum anderen Grossbritannien, das eine Verurteilung der griechischen Unterstützung forderte. Gerade der englische Antrag hat dazu geführt, dass die Diskussion auf breitere Basis erfolgte und so die Vertreter der Vereinten Nationen sich ein umfassendes Bild der tatsächlichen Verhältnisse machen konnten. Die Diskussion hat erwiesen, dass es sich hier um ein internationales Problem von weitreichender Bedeutung handelt, und nicht, wie Grossbritannien es behauptet hat, um ein innenpolitisches Problem seines Landes.

Die griechische Delegation erklärte vor dem politischen Ausschuss, dass sie nicht einen Anschluss der Insel an Griechenland fordere und dass es sich aber auch um keine Schlichterweiterung Griechenlands handele. Sie übte ihre Legitimation nur als Sprecherin der griechischen Bevölkerung Zyperns. Wenn das zypriotische Volk in einer Volksabstimmung sich für ein unabhängiges Dominion innerhalb des Commonwealth oder für einen vollkommen selbständigen Staat entscheiden würde, so würde Griechenland diesen Entschluss anerkennen. Weiterhin hat die griechische Delegation die Akte der Gewalt der britischen Verwaltung gegenüber der Bevölkerung aufgedeckt. Sie wies auf die schlechte wirtschaftliche Lage hin, auf das Bestehen von Konzentrationslagern, von Prügelstrafen für Kinder, auf taublonne Ausgehverbote und hohe Geldstrafen für ganze Dörfer. Der griechische Ausserminister - 5 -

bezeichnete die Lage auf Zypern zur Zeit schlimmer als in Griechenland während der deutschen Besatzung.

Fernerhin betonte die griechische Delegation, dass im Falle des Selbstbestimmungsrechts Griechenland eine Garantie für die türkische Minderheit von 17 % übernehmen würde. Das Zypernproblem sei nicht nur eine Frage der zwei direkt beteiligten Staaten England und Griechenland, sondern gehe auch alle die naheliegenden Staaten des östlichen Mittelmeerraumes an. Diese Behauptung sei dadurch besiegt, dass England für seine Suez-Aktion die Insel Zypern als Operationstasis benutzt habe. Die Insel könne sich ja auch ganz zu einer Basis der NATO entwickeln, wenn man der jetzt üblichen Ansicht, die Insel sei von strategischer Bedeutung, zustimme. Schließlich verteidigte sich die griechische Delegation noch gegen den Verdacht des Waffentransportes nach Zypern: wenn England dies nicht recht wäre, müsse es sich auch gefallen lassen, dass eine Kommission der UNO die Lage auf der Insel untersuchen würde. Die britische Delegation könnte bezeichnenderweise die Bildung einer solchen Kommission ablehnen. Sie konnte auch nicht einmal die Behauptung der griechischen Waffenlieferungen durch konkrete Beweise untermauern. Andererseits aber überstellte die griechische Delegation UNO-Generalsekretär Hammerkjöld einen grossen Umschlag mit Dokumenten über den Tod von Zyperioten, die infolge der rassistischen Behandlung durch die englische Militärverwaltung ihr Leben lassen mussten.

Die indische Delegation schloß vor dem Ausschuss einen gesonderten Vorschlag für die Lösung der Frage ein: a) das Problem solle innerhalb der Prinzipien der UNO-Charta gelöst werden - damit würde das Selbstbestimmungsrecht der griechischen Zyperioten indirekt anerkannt, b) die Bildung einer Untersuchungskommission der UNO und c) Beginn von direkten Verhandlungen zwischen allen beteiligten Staaten, deren Ergebnis der nächsten Vollversammlung vorgelegt werden sollte. Dieser Vorschlag wurde mit grosser Mehrheit vom politischen Ausschuss angenommen. Diese Tatsache ist unbedingt als Fortschritt zu bezeichnen, wenn man berücksichtigt, dass damit die Frage vor die Generalversammlung kommt, wo das letzte Wort gesprochen wird.

Bauernverband sieht immer noch Krisengespenster

H. S. Das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes hat den diesjährigen Grünen Plan sofort kritisch unter die Lupe genommen und ist mit ihm - wie nicht anders zu erwarten - nicht zufrieden. Man kann sich aber aus Eindrücke nicht erwehren, dass die Bauernfunktionäre sich nicht recht wohl in ihrer eigenen Haut fühlen. Sie betrachten den Grünen Bericht mit einem kritischen und etwas kassen Auge, weil er in wesentlichen Punkten zu sehr viel massvolleren Feststellungen kommt als die Zweckpropaganda des Bauernverbandes, dessen wichtigste Agitationsthemen durch die Zahlen des zweiten Grünen Berichtes klar widerlegt worden sind.

Die "Deutsche Bauernzeitung" verübelt der Bundesregierung ganz besonders, dass im Schlußsatz des Abzinses, der die kalkulatorischen Vergleichsposen kritisch erläutert, ganz klar ausgesprochen wird, dass man aus den Ertrags-Aufwands-Differenzen des Grünen Berichtes keinen absoluten Globalanspruch an die Volkswirtschaft begründen könne. Gerade einen solchen Globalanspruch hätte der Bauernverband aber für's Leben gern anlick von der Bundesregierung beschleizigt gehabt. Der Bauernverband hat kündigt an, dass er ein solches kalkulatorisches Gesamtdefizit errechnen und präsentieren werde. Das Präsidium des Bauernverbandes sollte sich aber vorher noch reiflich überlegen, ob es sich mit solchen Verlautbarungen über ein kalkulatorisches Gesamtdefizit auch offiziell in die unmittelbare Nachbarschaft seiner parlamentarischen Aggaropposition begeben will und ob diese ihm in der Berechnung von Defiziten nicht an Heilmangellosigkeit überlegen ist.

Wie das "Bauernblatt" von Schleswig-Holstein richtig bemerkt, hatte die westdeutsche Landwirtschaft in den Wochen vor der Verkündung des diesjährigen Grünen Planes durch die als Obr der öffentlichen Meinung für sich, nachdem gewisse radikale Überforderungen, die insbesondere vom Bundesernährungsminister als Leben unüblich schwer machten, vom Gesamtpresidium des Bauernverbandes korrigiert worden waren. Öffentliche Meinung und Bundestag werden auch in Hinsicht auf die Problematik des gemeinsamen Marktes nieder noch einige Jahre mitziehen, wenn mit guten Gründen nachgewiesen wird, dass neben der Selbsthilfe auch Förderungsmittel des Staates eingesetzt werden müssen, um die westdeutsche Landwirtschaft wettbewerbsfähig zu machen und ihre Arbeitsproduktivität zu erhöhen. Wer jedoch aus dem Grünen Bericht genau

bezifferte Defizite errechnen will, um mit deren Hilfe globale Ansprüche an den Staat geltend zu machen, der muss sich gefallen lassen, dass hinsichtlich der Vergleichsposten ein sehr viel strengerer Maßstab angelegt wird. Angaben über ein globales Defizit der westdeutschen Landwirtschaft können nicht nach den unkritisch übernommenen Istzahlen der Buchführungsbetriebe, sondern nur nach objektiven Normen, wissenschaftlich ermittelt von Betriebswirtschaftlern, errechnet werden.

Die erste Verlautbarung des Präsidiums des Bauernverbandes nach der Verkündung des diesjährigen Grünen Plans macht den Eindruck, als wenn die von Minister Lübke gemachten Vorschläge den maßgebenden Männern in der Koblenzer Strasse zu Sonn ein wenig den Atem verschlagen haben. Kritisch wird in dieser Verlautbarung überdies nur vorgbracht, dass die vorgeschlagenen Massnahmen des zweiten Grünen Plans nicht ausreichend seien wegen der mit Sicherheit zu erwartenden neuen Belastungen der Landwirtschaft. Das aber ist die reichlich abgespielte alte Platte von der ewig notleidenden Landwirtschaft und von der kommenden Krise, die nur im neuen Wirtschaftsjahr ausbrechen soll, nachdem sie ausweislich des Grünen Berichts auch im Wirtschaftsjahr 1955/56 ausblieb. Die Politik des Bauernverbandes wird auf Widerspruch stoßen, wenn sie anstrebt, die Ertragslage der Kleinbetriebe zur Norm zu machen und in nur scheinbarer Vertretung der Interessen dieser Kleinbetriebe den größeren Betrieben über weitere ungezielte Massnahmen noch grössere Differentialrenten zuzuschützen.

* * *

Tag des Volkserntesten-Rummel

E.A. Berlin

Werk am 1. März auf Befehl der Sowjetzone-Regierung zum ersten Mal in dem Panzer-Machtbereich der "Tag der Nationalen Volksernte" festlich begangen wird, so soll damit der Versuch unternommen werden, nach aussen eine Volkstätigkeit der Militär-Armee vorzutäuschen, die zwar schon seit Jahren besteht, aber erst Anfang 1956 offiziell aus der Taufe gehoben wurde. Niemand weiss besser als die SED, wie unbeliebt die kommunistischen Militärverbände bei der Bevölkerung sind. Nichts konnte diese Ablehnung der "Kasernen-Volkspolizei" und der daraus entstandenen "Nationalen Volksernte" besser demonstrieren, als die seinerzeitigen vergeblichen Bemühungen, in den Betrieben die jugendlichen Arbeiter durch Drohungen in die Militärverbände zu zwingen.

28.2.1957

Die Werbung für die NVA ist seit Anfang 1957 wieder angelaufen, aber von Druckmassnahmen hat man bisher abgesehen, weil man hofft, Freiwillige durch den Appell an die bis dato verdammte deutsche Begabungsfähigkeit für das Militärische gewinnen zu können.

Der "Tag der NVA" ist ganz auf dieser Spekulation aufgebaut. Seit einer Woche gibt es keine SED-Zeitung, die nicht fast täglich eine ganze Seite der Ulbricht-Armedienstet. Im Wort und Bild, in seitenlangen Reportagen und Berichten von Volkswarnern wird der Bevölkerung vorgeführt, welches "stolze Glück" es ist, wieder einmal eine Uniform und eine Waffe tragen zu dürfen. Höhepunkt dieser Kampagne soll der 1. März als "Tag der NVA" werden. Schreckliche Militärmusik wird in jeder sowjetischen Garnison mit die Bevölkerung am frühen Morgen um den Schlaf bringen. Hauptzweck dieser militärischen Theateraktion ist es dabei, den Widerstand der Mütter und Väter gegen den Eintritt des Sohnes in die NVA zu brechen.

Der "Tag der NVA" musste konsequenterweise zur sofortigen Entlassung zahlreicher politischer Häftlinge führen. Was in den SED-Zeitungen in Vorbereitung dieses "Feiertages" veröffentlicht wird, übersteigt bei weitem jene weitestgehenden Beobachtungen über das Ulbricht-Militär, für die gegen Zonenbewohner hohe Zuschussstrafen wegen Spionage ausgesprochen werden sind. Die SED hat offenbar jede Scheu überwunden, das "Geheimnis" preiszugeben, das hinter dem Ulbrichts-Volksermee lag. Die Ostberliner "Neue Berliner Illustrierte" ändert nicht einmal etwas dabei, der Öffentlichkeit einen Einblick in die erste sowjetische Kadettenanstalt in Haunburg zu geben, wo Kinder in der NVA-Uniform zu vorbildlichen Volksermee-Offizieren trainiert werden.

Bereits vor den 30. ZK-Plenum hat das ZK-Mitglied Galsner auf einer vertraulichen Besprechung mit der SED-Chefredaktion die mangelnde Unterstützung der NVA durch die Zonenpresse scharf kritisiert. U.a. hat er den SED-Chefredaktoren auch die Leviten gelesen, weil in der Parteipresse noch immer gegen Solatenspielsieg geschrieben wird. Selbst das SED-Zentralorgan habe noch nicht erkannt, wie sehr es dadurch der Interessen des "Arbeiterrates" schade. Der Handel in der Zone habe wegen dieser Fressen, griffe nach, Soldatenspielsieg wie z.B. Panzer mit Raketenbeschüssen zu vertreiben." Das alles ist nur möglich", so erklärte Galsner, "weil wir sonst ihre wie Pazifisten geschrieben haben."

Aber selbst der "Tag der NVA" bleibt trotz allem volksdemokratisches Waffenklaus nicht ohne Schatten. Manche sehen bereits vor dem ZK-Plenum davor warnen, dass schistische Betriebsleitungen bisweilen "jede Unterstützung des Verteidigungswillens vermissen lassen", so bringen die SED-Zeitungen in den Vertoren des 1. Ulbrichtischen "Solatens-Feiertages" konkrete Fälle, dass z.B. die SED-Funktionäre in VEBs den Jugendlichen gegenüber, als zum Eintritt in die NVA bereit sind, jede schriftliche Versicherung ablehnen, dass die nachbleibende ihrer Dienstverpflichtung ihren alten Arbeitsplatz wiedererhalten. Für den von der SED organisierten militärischen Bewusstseinskampf sind das natürlich Querschüsse, die zweifellos nicht geeignet sind, den allgemein feststellbaren Widerwillen der Zonenbewohner gegen den Eintritt in die NVA zu überwinden.

Verantwortlich: Günter Markscheffel